

**Reaktionen der Landtagsfraktionen NRW
auf die Resolution der VLBB
vom 19. Januar 2005**

Sie wurde allen Landtagsfraktionen zugeschickt.

Die Schreiben wurden gescannt. Wenn dabei Scannerfehler übersehen wurden, bitte ich um Entschuldigung.

31. März 2005

Nando Mäsch, Schriftführer VLBB

Dietmar Dieckmann
Referent für den Arbeitskreis
Schule und Weiterbildung

SPD-Fraktion NRW



Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211-884... 23 63 Telefax: 0211-884... 2074
E-mail: spd-fraktion@landtag.nrw.de
Internet: <http://www.spd-fraktion.landtag.nrw.de>

SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen • 40221 Düsseldorf

VLBB- Vereinigung von Leitenden
Beamtinnen und Beamten im schulischen
Bildungsbereich des Landes
NRW c/o Frau Vorsitzende
Renate Loos
Wilhelm-Raabe-Str. 30

Düsseldorf, 27. Januar 2005

40470 Düsseldorf

Sehr geehrte Frau Loos,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Januar 2005, mit dem Sie uns auf die beigefügte Resolution aufmerksam machen. Die parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion NRW, Frau Carina Gödecke MdL, hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ihr Schreiben habe ich an den zuständigen Arbeitskreis für Schule und Weiterbildung weitergeleitet,

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dietmar Dieckmann



Dr. Axel Emenet – Referent des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

An den
VLBB – NRW
Frau Renate Loos
Wilhelm-Raabe-Str. 30

40470 Düsseldorf

DIE LANDTAGSFRAKTION

Dr. Axel Emenet
Referent des Fraktionsvorsitzenden

Telefon (0211) 884-2397
Telefax (0211) 884-3350

axel.emenet@cdu-nrw-fraktion.de

02.02.2005

Sehr geehrte Frau Loos,

verbunden mit einem herzlichen Gruß danke ich Ihnen für Ihren Brief vom 21. Januar 2005. Herr Dr. Rüttgers hat Ihren Brief erhalten und mich gebeten, Ihnen zu antworten. Wie Sie aus beigefügten Reden entnehmen können, haben wir als CDU--Landtagsfraktion das rot-grüne Schulgesetz abgelehnt. Eine kommunalisierte, schulformübergreifende Schulaufsicht wird den Erfordernissen zur Qualitätssicherung und der Sicherstellung vergleichbarer schulischer Lebensverhältnisse nicht gerecht. Zudem ist vollkommen unklar, wie die zusätzlichen Kosten auf kommunaler Ebene finanziert werden sollen.

Die Reformprojekte der vergangenen Jahre, Einheitslehramt, schulformübergreifende Bildungsstandards, Verbundschule und schulformübergreifende Schulaufsicht, lassen sich sehr schnell zu einer Einheitsschule zusammenführen. Dies lehnt die CDU deutlich ab.

Wenn nun auch noch Stellen aus dem Bereich Schulaufsicht an die Schulen verlagert werden sollen, um zusätzliche Unterrichtsbedarfe zu decken, so zeigt sich hier, dass die Landesregierung nicht mehr an einer funktionierenden, Lehrerinnen und Lehrer stützenden Schulaufsicht interessiert zu sein scheint. Angesichts der bildungspolitischen Notwendigkeit, die Qualität schulischer Arbeit zu verbessern und zu sichern, ist das wieder einmal ein verfehltes Signal an die betroffenen Beamtinnen und Beamten.

Für heute verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

gez.

(Dr. Axel Emenet)

Anlagen

CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

www.cdu-nrw-fraktion.de

**Rede des stellvertretenden Vorsitzenden und
schulpolitischen Sprechers der CDU-Landtagsfraktion,
Bernhard Recker,**

am 27. Jan. 2005

„Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen“

Anrede,

ich finde es bemerkenswert, wenn sich der Bremer Bürgermeister Henning Scherf hinstellt und erklärt „Die SPD ist seit Kriegsende für die Bildungspolitik verantwortlich. PISA ist die Quittung dafür. Nun muss die Partei die Kraft haben, aus ihren Fehlern zu lernen...“. Die SPD-Rechthaberei würde jetzt nichts bringen. „Damit kann man nicht vor die Eltern treten.“ Die Situation in Bremen ist doch eine Parallele zu den Ergebnissen in NRW. Aber Sie haben nicht die Kraft und Größe, Ihre Versäumnisse einzugestehen und versuchen, das schulpolitische Dilemma durch zum Teil blinden Aktionismus zu verschleiern.

Wir alle kennen die Ergebnisse von PISA und TIMSS, wo wir bis zu 2 Jahren Lernrückstand zu anderen Bundesländern aufweisen. Die sozialdemokratische Bildungspolitik ist auf der ganzen Linie gescheitert, weil

- in keinem anderen Bundesland die Bildungschancen so von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in NRW und
- Tausende von Jugendlichen unsere Schule verlassen, ohne ordentlich rechnen, lesen und schreiben zu können.

Und Sie sollten endlich wach werden und die Ennid-Ergebnisse zur Kenntnis nehmen, über die am 16. Januar 2005 die „Welt am Sonntag“ berichtete:

- 64 Prozent (auch 64 % der SPD-Wähler) sagen: An den Schulen fällt so viel Unterricht aus, dass eine gute Ausbildung der Schüler gefährdet ist.
- 77 Prozent (bei den SPD-Anhängern sogar 79 %) sind der Meinung, dass es zu wenig Lehrer gibt; 65 Prozent halten die Zahl der Schüler pro Klasse für zu groß.
- 70 Prozent der Wahlberechtigten kritisieren, dass viele Schüler am Ende der Schulzeit nicht richtig lesen, schreiben und rechnen können.

Gibt es ein vernichtenderes Urteil als dieses Stimmungsbild in der Bevölkerung unseres Landes? Wie weit haben Sie sich von den Menschen in unserem Land schon entfernt, dass Sie immer noch meinen: „Wir sind auf einem guten Weg“? Das glaubt Ihnen kein Mensch mehr. Das hier und heute zu verabschiedende Schulgesetz ist in der Tat keine Antwort auf die Sorgen von Eltern, Schülern und Lehrern. Nichts Zukunftsweisendes, keine neue Vision, keine Qualitätsverbesserung. Und die Neuerungen, die Sie auf den Weg bringen, wie z.B. das Abi-

tur nach 12 Jahren, das Zentralabitur oder Lernstandserhebungen, haben Sie jahrzehntlang ideologisch und leidenschaftlich bekämpft und als Teufelswerk abgetan. Nur unter dem Druck von PISA und der Öffentlichkeit haben Sie diese Diskussion aufgenommen.

Ich will Ihnen noch einmal kurz und zusammenfassend erklären, warum wir Ihr Gesetz für im Ansatz verfehlt halten:

1. Statt weniger Bürokratie verlagern Sie diese an die Schulen, ohne die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
2. Statt einer klar wertgebundenen Bildungspolitik legen Sie ein im wahrsten Sinn des Wortes „wert-loses“ Gesetz vor, denn Sie lassen die Landesverfassung zur Fußnote verkommen.
3. Statt die Verbesserung der individuellen Förderung auch im Gesetz zu verankern und sie hier festzuschreiben, bleibt es bei reinen Wortbekenntnissen.
4. Statt unser gegliedertes Schulsystem zu stärken und sich klar zu ihm zu bekennen, reißen Sie die Einfallstür zur Einheitsschule sperrangelweit auf. Erst das Einheitslehramt, dann schulformübergreifende Bildungsstandards, jetzt die schulformübergreifende Schulaufsicht.
5. Statt auch unsere Lehrerinnen und Lehrer zu stärken und ihnen ein verlässlicher Partner zu sein, schaffen Sie den Beamtenstatus der Lehrer zum 31. 12. 2007 ab.
6. Statt sich für eine Stärkung der Schulaufsicht auszusprechen und hier für mehr Qualität zu sorgen, wollen Sie den Kommunen und Kreisen diese Aufgabe zuweisen, die bei diesen eine Kostenexplosion verursachen wird.

Beispielhaft sei nur auf die Äußerung Ihrer ehemaligen Bildungsministerin Behler in der Neuen Westfälischen hingewiesen: „Das bedeutet de facto das Ende staatlicher Schulaufsicht.“ Ein vernichtendes Urteil. Sie spricht von einer Verdreifachung der Kosten. Ihr Vorschlag bedeutet, dass die notwendige Vergleichbarkeit der Schulen nicht mehr gesichert ist, wenn man die Großflächigkeit der Schulaufsicht preisgibt. Wie kann der Staat seiner von der Verfassung gesetzten Aufgabe, für gleiche schulische Lebensverhältnisse im Lande zu sorgen, gerecht werden, wenn die Aufsicht so etabliert wird, wie Sie es vorsehen? Sie geben vollkommen und ohne Not, aber in voller Absicht, eine fächerorientierte und schulformspezifische Schulaufsicht auf, weil Sie eben alle Voraussetzungen für die Einheitsschule schaffen wollen.

Lassen Sie mich beispielhaft zwei weitere Bereiche nennen, bei denen wir nie zustimmen können: Die Drittelparität in der Schulkonferenz und ihr Pseudo-Rauchverbot. Wir sind für klare Verhältnisse: Das Rauchen an Schulen muss generell verboten werden.

Zum Thema „internationale Schulen“ nur so viel: Ohne unsere massive Intervention und ohne die Beantragung einer 3. Lesung durch CDU und FDP hätten Sie diese in ihrer Existenz massiv gefährdet. Und wir brauchen diese Schulen dringend hier in NRW - gerade unter dem Aspekt Standortfaktor - denn besonders für die großen Unternehmen bzw. deren Mitarbeiter, spielt die Internationalität und Qualität einer Schule eine erhebliche Rolle. Wir aus CDU-Sicht waren froh darüber, hier gemeinsam eine Lösung gefunden zu haben. Und diese stellen Sie nun wieder in Frage.

Heute legen Sie uns einen Entschließungsantrag vor, der den gemeinsamen Konsens im Grunde aufkündigt. Ich frage Sie: Ist dieser Antrag das Zuckerstückchen, mit dem Sie die ewig gestrigen Nörgler in Ihrer Fraktion beruhigen müssen? Ist dieser Antrag die Schmerztablette, die Sie Ihrer Fraktion verabreicht haben, damit das Abstimmen wider besseres Wissen nicht mehr so weh tut? Mit Verlaub, aber dieser Antrag kann nicht Ihr Ernst sein! Der VDP spricht in seiner Stellungnahme sogar davon, dass Sie von Rot-Grün mit der Diktion des Antrages in „alte Zeiten“, in denen Privatschulen als Konkurrenz zu staatlichen Bildungseinrichtungen unerwünscht waren, zurückfallen. Ihre Einführung einer Bedürfnisprüfung bezeichnet er als verfassungswidrig. Sie sollten diesen Antrag schnellstens zurückziehen.

Tatsache ist: Mit diesem Gesetz schaffen Sie keinen Neuanfang in der Bildungspolitik. Wenn man sich die Veränderungen genau ansieht, so wird hier ein Stück Ideologie in Richtung Einheitsbrei bzw. Einheitsschule nach vorne getrieben.

Und was genauso kritisch zu sehen ist, ist das, was Ihre Ex-Ministerin und Ex-Kollegin Frau Behler immer wieder angemerkt hat: Sie verhindern mit Ihrem Gesetz eine qualitätsorientierte Entwicklung des Bildungssystems - denn die Qualität bleibt in diesem Schulgesetz auf der Strecke. Und nichts brauchen wir mehr in NRW als Qualität.

Wir haben Ihnen mit unserem Entschließungsantrag vom 14. Dezember 2004 bereits die Mindestforderungen unserer Fraktion vorgelegt. Es ist schade, dass gerade mal zwei Punkte umgesetzt wurden: eine stärkere Beteiligung des Parlamentes und die Stärkung der Internationalen Schulen. Wir haben uns auf das Wesentliche beschränkt. Aber da Ihr Gesetzentwurf schon im Ansatz verfehlt ist, bleiben wir bei der Meinung, dass er zurückgezogen und gründlichst überarbeitet werden muss.

Statt die Rahmenbedingungen für eine bessere Schule in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, tun Sie nichts in dieser Richtung. Im Gegenteil:

Sie verschlechtern die Rahmenbedingungen an unseren Schulen zunehmend. Fakt ist:

- Sie haben 2.000 Lehrer weniger eingestellt als in Ihrem Stufenplan angekündigt (statt 6.100 > 4.100).
- Sie haben im Programm „Geld statt Stellen“ die Mittel reduziert von 127 Mio. in 2003 auf 95 Mio. Euro in 2005 (32 Mio. > ca. 650 Stellen).

Ich erinnere ebenso an Ihren Wortbruch bei der Ersatzschulfinanzierung und im Bereich der Weiterbildung.

Das ist Ihre Antwort auf PISA. Und kommen Sie bitte nicht mit der Behauptung, Sie hätten durch die Mehrarbeit für alle Lehrpersonen 4.000 Stellen mehr ins System gebracht. Tatsache ist, dass diese Mehrarbeit seit Beginn des Schuljahres 2005 voll in die Stellenberechnung eingeflossen ist und dadurch 4.000 junge, neue Lehrpersonen weniger eingestellt wurden.

Fakt ist, dass Sie an der verheerenden Bilanz im Hinblick auf Stundenvolumen und Unterrichtsausfall nichts verbessert haben. Alle zusätzlichen Stellen dienten und dienen ausschließlich dem Auffangen zusätzlicher Schülerzahlen und dem zusätzlichen Fächerangebot, wie Englisch in der Grundschule. Also nach PISA: Null-Verbesserung der Rahmenbedingungen!

Und dann stellen Sie sich hier hin und verkünden den Menschen, dass NordrheinWestfalen das einzige Land sei, in dem zusätzliche Lehrer eingestellt werden.

Ihr Lieblingsbeispiel Hessen: Zwei Fakten dazu:

Insgesamt ist die Zahl der Lehrpersonen in Hessen seit dem Jahre 2000 um 7 % gestiegen - mehr als dreimal so stark wie die Schülerzahlen. Und trotz der Erhöhung der Lehrerarbeitszeit um 1 Stunde sind den Schulen rund 8.000 Stunden zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in 2004 zusätzlich gegeben worden.

Das Land Baden-Württemberg wird in der laufenden Legislaturperiode 5.500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen, Bayern hat dies bereits in der vergangenen gemacht.

So viel zu Ihrer Mär, Nordrhein-Westfalen sei das Musterland in Sachen Bildungspolitik. Wir wollen einen totalen Neuanfang unter den drei Aspekten:

1. Mehr Freiheit für die Schulen
2. Mehr individuelle Förderung
3. Mehr Qualität und verlässlichen Unterricht

Unsere konkreten Vorstellungen liegen auf dem Tisch. Gerade unser letzter Vorschlag, allen Schulen mehr Freiheit und Verantwortung zu geben, besagt: Wir wollen unseren Schulen mehr Vertrauen schenken. Die Schulen wissen am besten, wie sie ihre Aufgaben zu erledigen haben. Und dabei werden wir die Schulen begleiten. Und ich finde es schon amüsant, wenn Rot/Grün nun behauptet, dass sei schon alles auf den Weg gebracht. Unabhängig davon, dass es bei Ihrem Modell „selbstständige Schule“ heftig Kritik darüber gibt - bei allem Engagement der Betroffenen - dass die Regelungsdichte noch größer geworden ist und das Thema Qualitätssicherung absolut vernachlässigt wurde. Wir wollen nicht nur Mehrarbeit, sondern echte Freiheit der Schulen, und nicht nur für 278 Leuchttürme, sondern für alle Schulen - und vor allem dabei die Schulen nicht alleine lassen. Wir wollen ein klares Zeitfenster schaffen, um ihnen dabei die notwendigen Vorbereitungen und Qualifizierungen zu ermöglichen.

Und ich darf abschließend die „Rheinische Post“ vom 22.01.05 zitieren, wo es zu unseren bildungspolitischen Vorstellungen im Kommentar u.a. heißt: Damit „bekäme NRW das innovativste Schulsystem in Deutschland. Alle anderen Bundesländer setzen bislang auf die althergebrachten Bildungsbükratien.“

Und genau das ist unser Ziel: Wir wollen das innovativste und beste Schulsystem in Deutschland. Weil unsere jungen Menschen dann endlich die Zukunftschancen erhalten, die sie verdienen.

Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Jürgen Rüttgers,
am 27. Jan. 2005

Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen

„Mehr Freiheit für unsere Schulen“

Die heutige 3. Lesung über das Schulgesetz der rot-grünen Landesregierung markiert den Schlusspunkt einer traurigen Debatte. Sie war geprägt von Chaos, Zuständigkeitswirrwarr und Ideologie.

- Ihr Schulgesetz gibt keine Antwort auf die in den PISA-Studien dokumentierten Defizite.
- Ihr Schulgesetz schafft mehr Bürokratie an unseren Schulen statt Lehrern und Schülern- mehr Freiheit und mehr Vertrauen zu geben.
- Ihr Schulgesetz ist das Resultat einer chaotischen Debatte. Erst gegen Internationale Schulen, dann dafür. Jetzt wieder dagegen.¹ So kann man nicht mit Schulen umgehen.

Die CDU trauert der ehemaligen Schulministerin Behler ganz bestimmt nicht nach. Aber ihr Rücktritt wirft ein Schlaglicht auf die Zerstrittenheit und das Chaos in der SPD-Fraktion. Die rot-grüne Regierung ist verbraucht. Sie tut nicht mehr, was notwendig ist. Wir dagegen werden vor der Wahl sagen, was notwendig ist, und nach der Wahl tun, was wir gesagt haben.

Ein zentraler Grund für einen Neuanfang in NRW ist die Schulpolitik nach 39 Jahren SPD-Regierung. Die sozialdemokratische Schulpolitik ist gescheitert. Sozialdemokraten haben zugelassen,

- dass in keinem anderen Bundesland die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängig sind wie in NRW;

¹ Seit heute liegt ein neuer Entschließungsantrag von SPD und Grünen zum Schulgesetz vor, in dem klargestellt wird, dass keine neuen internationalen Schulen gegründet werden dürfen, nur die alten genießen Bestandsschutz

- dass die durchschnittlichen Leistungen unserer Schüler weit hinter dem zurückbleiben, was sie leisten könnten, wenn sie besser gefördert würden;
- dass Lehrer sich alleingelassen fühlen und ihre pädagogische Freiheit bürokratisch eingeengt wurde.

Mit Einzelmaßnahmen und unkoordiniertem Reform-Aktionismus ist unseren Schulen nicht mehr zu helfen. Auch das neue Schulgesetz ist keine Antwort auf die Sorgen von Eltern und Kindern.

Die rot-grüne Landesregierung gefährdet mit ihrer Schulpolitik die Zukunftschancen unserer Kinder:

- Die Landesregierung ist für den massenhaften Unterrichtsausfall verantwortlich. Pro Jahr fallen in NRW fünf Millionen Unterrichtsstunden aus. Die Landesregierung macht nichts dagegen!
- Die Landesregierung ist verantwortlich dafür, dass Abiturienten in NordrheinWestfalen laut Stundentafel ein Jahr weniger Unterricht haben als die Abiturienten in Bayern. Hinzu kommt ein weiteres verlorenes Schuljahr durch Unterrichtsausfall und Vertretungsunterricht. Rot-Grün kostet unsere Schüler zwei Jahre. Die Landesregierung macht nichts dagegen!

Im Gegenteil:

- Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren nicht eine einzige Stelle zur Beseitigung des Unterrichtsausfalls bereitgestellt. Im Gegenteil: Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik hat festgestellt, dass im Schuljahr 2003/04 trotz 0,5 Prozent mehr Schülern insgesamt 1,6 Prozent weniger Lehrer als im Schuljahr 2002/03 tätig waren, das entspricht 2.500 Lehrern.
- Die Landesregierung baut im Jahr 2005 Lehrerstellen an Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen und Sonderschulen ab: In diesem Jahr sind es 777 weniger Lehrerstellen als 2004. 777 weniger Lehrerstellen, das heißt mehr Unterrichtsausfall, weniger individuelle Förderung und schlechtere Bildungschancen.
- Die Landesregierung begeht Wortbruch bei der Lehrereinstellung und kürzt weiter im Programm „Geld statt Stellen“. Seit 2003 ist der Etat um ein Viertel von 127 Millionen auf 95 Millionen Euro gekürzt worden. Das entspricht fast 650 Lehrerstellen.

Eltern machen sich große Sorge um die Zukunft ihrer Kinder. Mehr als jeder zehnte Hauptschüler in unserem Land verlässt die Schule ohne Abschluss. 2003 waren das 5.623 Schülerinnen und Schüler. Das entspricht 244 kompletten Hauptschulklassen mit je 23 Schülern, die in die Perspektivlosigkeit entlassen werden. Wenn 25 von 100 Jugendlichen in NRW am Ende der Schulzeit nicht ordentlich lesen, rechnen und schreiben können, dann sind Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe vorprogrammiert.

Statt die Schulen in Ordnung zu bringen, will die Landesregierung die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien abschaffen und die Einheitsschule einführen.

- Steinbrück im Generalanzeiger (März 2004): „Ich glaube, dass wir uns mindestens in der nächsten Legislaturperiode auf ein stärker integriertes Schulsystem einigen sollten.“
- Steinbrück vor der GEW (März 2004 lt. Westfälische Rundschau): „Auf der NRW-Tagung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW (GEW) in Bochum forderte der Regierungschef eine Diskussion über das integrierte Schulsystem. Die ablehnende Haltung der CDU zu Einheitsschulen für die Klassen I bis 10 bezeichnete er in Bochum als ein „Streben nach dem Erhalt der Gymnasien nach wilhelminischem Stil“.
- Müntefering im Generalanzeiger (November 2004): „Eine gravierendere Veränderung des deutschen Bildungssystems fordert SPD-Partei- und Fraktionschef Franz Müntefering. Er verlangt, die Aufteilung der Kinder nach vier Grundschuljahren auf verschiedene Schulformen abzuschaffen. „Das gibt es nirgendwo auf der Welt. Von diesem Relikt sollten wir uns trennen“, betont er. Deutschland müsse weg davon, den weiteren Bildungsweg bereits in Klasse vier festzulegen. Müntefering: „Die Selektion, die da stattfindet, ist falsch.“

Einheitsschule ist Einheitsbrei. Das sagt nicht nur die CDU. Das sagen auch Philologenverband, Realschullehrerverband, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landeselternschaft Gymnasien, Landeselternschaft Realschulen, Elternrat Hauptschulen NRW e.V., Verband Lernen Fördern NRW e.V., Rheinische Direktorenvereinigung, Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung.

„Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung wollen kein integriertes Einheitsschulsystem in NRW“, sagte vorgestern Peter Silbernagel, Präsident des nordrhein-westfälischen Lehrerverbandes und Sprecher des neu gegründeten „Aktionsbündnis gegen Zerschlagung unserer Schulen“. Und weiter sagte er: „Im Interesse der Schülerinnen und Schüler werden wir diesen Qualitätsabbau nicht zulassen!“ Dabei wird die CDU das Aktionsbündnis unterstützen. Die CDU will einen schulpolitischen Neuanfang in NRW. Wir wollen:

1. Mehr Freiheit für Schulen!
2. Mehr individuelle Förderung!
3. Mehr und verlässlichen Unterricht!

Nach PISA ist klar: Wir müssen vollkommen neue Wege gehen. Wir wissen, dass grundlegende Reformprozesse nur dann erfolgreich gestalten werden können, wenn wir die Schulen in die Freiheit entlassen. Unsere Schulen brauchen keine neuen Schulgesetze und keine neue Schulbürokratie, sondern mehr Freiheit und Vertrauen.

Gerade die PISA-Sieger Finnland und Kanada geben den Schulen ehrgeizige Lernziele vor, gleichzeitig überlassen sie es ihnen, wie sie diese erreichen. Während in Schweden 98 Prozent der Einstellungen von Lehrern in der Verantwortung der Schulen liegen, sind es in Deutschland gerade mal 9 Prozent. Während in Finnland 96 Prozent des Fächerangebotes von den Schulen bestimmt werden, sind es in Deutschland nicht mal ein Drittel.

Genau diesen Weg wollen wir gehen - als bisher erstes Bundesland. Eltern und Rektoren begrüßen das CDU-Modell. „Ein großer Wurf“, heißt es etwa bei der Schulleitungsvereinigung NRW (RP, 22. Januar 2005). Und Renate Hendricks, Vorsitzende der Landeselternkonferenz, begrüßte das Konzept: „Die CDU hat richtige Lehren aus der PISA-Studie gezogen.“ (RP, 22. Januar 2005). Das Lob freut mich besonders, denn Frau Hendricks kandidiert am 22. Mai 2005 für den Landtag - für die SPD!

Statt 278 Modellschulen wollen wir allen Schulen Freiheit und mehr Verantwortung geben. Es ist Zeit, dass wir unseren Schulen endlich mehr Vertrauen schenken. Wir sind uns sicher, dass unsere Schulen am besten wissen, wie sie ihre Aufgaben zu erledigen haben.

Von: Ralf Witzel [ralf.witzel@landtag.nrw.de]
Gesendet: Sonntag, 30. Januar 2005 00:22
An: renate.loos@brd.nrw.de
Betreff: Neue Schulaufsicht

Ralf Witzel MdL
Bildungspolitischer Sprecher, FDP-Landtagsfraktion
Abgeordnetenbüro, Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Ruf: 0211/884-2008, Fax: 0211/884-3602

Resolution der VLBB NRW

Sehr geehrte Frau Loos!

Auf diesem Wege danke ich Ihnen vielmals für die Zusendung Ihrer Resolution zur Zukunft der Schulaufsicht in NRW. In meiner Eigenschaft als bildungspolitischer Sprecher der **FDP-Landtagsfraktion** antworte ich Ihnen gerne.

Wir halten die aktuelle Beschlußfassung des Schulgesetzes für einen großen Fehler, der unweigerlich zum Qualitätsabbau führen wird.

Dem setzen wir unsere Position zur qualitätsorientierten Schulaufsichtsreform entgegen. Im Rahmen einer allgemeinen Verwaltungsstrukturreform mit der Zielsetzung, die Mittelinstanzen abzubauen, verfolgt die FDP nachfolgende Zielsetzungen:

1. Es gibt keine Einheitsaufsicht. Wir brauchen auch zukünftig eine qualifizierte schulformspezifische Fachaufsicht.
2. Die Schulaufsichtsebene der Bezirksregierungen wird entbehrlich. Zuständigkeiten verbleiben beim Land für die Koordination übergreifender Belange sowie die Festlegung von Bildungsstandards und deren Evaluation. Die Schulaufsicht des Landes überprüft
3. die Einhaltung der Curricula und Standards durch regelmäßige Evaluationsmaßnahmen. Sie ermöglicht die Auswertung durch objektivierte Verfahren auch externer Art, deren Ergebnisse regelmäßig in einem Bildungsbericht veröffentlicht werden.
4. Für reine Dienstleistungsfunktionen kann die Schulaufsicht des Landes dezentrale Unterstützungsstrukturen in den Regionen bilden.
5. Bei der Verwaltungsreform ist der Grundsatz der Kostenneutralität verpflichtend. Modernisierungsprozesse dürfen nicht zu dauerhaften finanziellen Mehrbelastungen führen. Das widerspräche Grundsätzen der Bildungsökonomie. Wir brauchen mehr Geld für Unterrichtserteilung, Erziehung und Betreuung und nicht für Schulverwaltungsbürokratie.

Bedauerlicherweise sind alle unsere bisherigen Vorhaben in NRW an der rot/grünen Parlamentsmehrheit gescheitert. Vor dem Regierungswechsel im Mai 2005 können wir Ihnen daher leider keine befriedigendere Situation in Aussicht stellen. Ich bitte dafür um Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Ralf Witzel

3 1.0 1.2005

Datum des Originals: 15.01.2005/Ausgegeben: 20.01.2005

19.01.2005

Kleine Anfrage 2156

des Abgeordneten Ralf Witzel FDP

Qualitätsverlust durch Einheitsaufsicht im neuen Schulgesetz

Im Rahmen einer grundlegenden Verwaltungsstrukturreform in NRW muss auch gründlich über die Zukunft der Mittelinstanzen nachgedacht werden. Die FDP-Landtagsfraktion hat daher im Zusammenhang mit den Zielen des Bürokratieabbaus, einer Aufgabenkritik sowie der Reduktion von Verwaltungsebenen dem Landtag frühzeitig entsprechende Lösungsvorschläge auch für den Bildungsbereich zur Beratung und Entscheidung vorgelegt. Ressourcen des Schulsystems müssen zukünftig effizienter unter Wahrung strikter Qualitätskontrolle für Unterricht, Erziehung und Betreuung zum Einsatz kommen und weniger für Zwecke administrativer Mangelverwaltung.

Die FDP-Landtagsfraktion hat daher vorgeschlagen, der schulformenspezifischen Schulaufsicht des Landes die Überprüfung der Einhaltung von Curricula und Standards durch regelmäßige Evaluationsmaßnahmen zu übertragen und die Ergebnisse der Leistungsauswertungen regelmäßig in einem Bildungsbericht mit Schulranking zu veröffentlichen. Zuständigkeiten der Fachaufsicht sollen so beim Land gebündelt werden, insbesondere für die Koordination übergreifender Belange sowie die Festlegung von Bildungsstandards und deren Evaluation. Für die Wahrnehmung reiner Dienstleistungsfunktionen könnte die Schulaufsicht des Landes zudem dezentrale Unterstützungsstrukturen auf Ebene der Kommunen bilden.

Mit handstreichartigen Änderungen am Entwurf des neuen Schulgesetzes hat die rot/grüne Landtagsmehrheit kurz vor Jahresende jedoch eine grundlegende Zerschlagung qualitätsorientierter Schulaufsicht vorgenommen. Nach Vorstellung der Koalitionsfraktionen soll eine fachlich nicht versierte Einheitsaufsicht die bestehende Schulaufsicht ersetzen und so die von rot/grüner Seite gewollte Einheitsschule administrativ vorbereiten. Gegen dieses Vorhaben regt sich erheblicher Widerstand bei Schülern, Eltern und Lehrern, die auf ein qualitativ anspruchsvolles Bildungsangebot achten. Die amtierende Landesregierung hat eine derartige Kursänderung hin zur undifferenzierten Einheitsaufsicht ebenfalls in keinem ihrer Gesetzesentwürfe bislang beabsichtigt oder betrieben.

Und die in der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode zuständige Fachministerin Gabriele Behler (SPD) hat vor einem faktischen Ende jeder qualitätsorientierten Schulaufsicht gewarnt, wenn der Landtag mehrheitlich der rot/grünen Beschlussempfehlung des Schulgesetzes folgt. In einem offenen Brief führt die Ex-Bildungsministerin unter anderem aus: „Ich kritisierte diesen Beschluss vor allem aus vier Gründen:

1. Er konterkariert eine qualitätsorientierte Entwicklung des Bildungssystems,
2. seine Umsetzung birgt die Gefahr einer erheblichen lokalen Politisierung von Schule,

3. er schränkt die notwendige und richtige Selbständigkeit von Schulen ein, und
4. knappe staatliche Ressourcen werden verzettelt, unwirtschaftlich eingesetzt, und die Kosten werden deutlich erhöht.

Eine selbständige Schule, die als Leitvorstellung von Schulentwicklung - von NRW ausgehend - inzwischen unumstritten ist, bedarf einer qualitätsorientierten Steuerung und eines Qualitätscontrollings, wenn ihre Abschlüsse und Berechtigungen ihren Wert behalten sollen. Wenn Standards von Unterricht und Lernen gehalten und gesteigert werden sollen, ist dies nur möglich, wenn die entsprechende fachliche Kompetenz gebündelt vorgehalten wird, damit Schulen auf diese zurückgreifen können. Wenn z. B. bei Lernstandserhebungen, Schulinspektionen oder sonst wie im schulischen Alltag Probleme erkennbar werden, muss eine aktive fachliche Begleitung der Schulen gewährleistet sein. Die ist jedenfalls bei „Kostenneutralität“ auf der Ebene von Kreisen bzw. kreisfreien Städten nicht möglich. Fachliche Kompetenz für alle Schulformen für die jeweiligen Unterrichtsfächer in jedem Kreis bzw. in jeder kreisfreien Stadt vorzuhalten, kann offensichtlich nicht vorgesehen sein, und damit ist eine zentrale Aufgabe von Schulaufsicht, gleiche Standards in Englisch, Mathematik, Deutsch, Naturwissenschaften, Geschichte usw. zu sichern, nicht mehr leistbar, zumal dann, wenn sie schulformunabhängig organisiert werden soll. Eine Regelung wie die jetzt beschlossene offenbart jedenfalls eine Missachtung fachlichen Lernens, dessen hohe Bedeutung gerade durch die fachbezogene Standardsetzung und Standardüberprüfung wieder deutlich geworden ist. Wenn jedoch ernsthaft daran gedacht würde, die unterrichtsfachliche Kompetenz in jedem Schulamt abzubilden, ergäbe sich eine solche Explosion von Kosten, dass dies schon aus finanzpolitischen Gründen nicht vertretbar, auch nicht realisierbar wäre.

Die geplanten Schulinspektionen, die bei der nach Grundgesetz und Landesverfassung gegebenen Situation genuiner Auftrag von staatlicher Schulaufsicht sein müssen, können zudem nicht wirkungsvoll auf der Ebene von 54 Schulämtern angesiedelt werden. Gedacht ist laut Aussage in der Fraktionssitzung daran, dass die bei Schulinspektionen festgestellten Mängel Gegenstand von Zielvereinbarungen zwischen der einzelnen Schule und dem Schulamt werden. Wie soll das gehen, wenn in dem einen Schulamt Chemie, im anderen aber Mathematik, im dritten Technik fachlich vertreten ist? Soll dann die Schule, die im Bereich der Naturwissenschaften sich verbessern will, ihre Zielvereinbarungen in dem einem Fach mit dem Amt in Soest, im zweiten mit dem in Unna, im dritten mit dem in Münster abschließen? Wie soll denn die fachliche Unterstützung organisiert werden in dem dann anlaufenden Verbesserungsprozess?

Schulinspektionen bleiben dann wirkungslos, wenn keine staatliche Struktur mehr da ist, die die gewonnenen Erkenntnisse auch mit den Schulen auswerten kann und die bei Bedarf auch für Konsequenzen sorgt. Gleiches gilt für die Lernstandserhebungen.

Auf Schulen wirken stets Interessen ein, seien es individuelle, lokale oder regionale. Jede/r kennt für Schule und Schulaufsicht heikle Entscheidungssituationen, z. B. Notenwidersprüche, die Zuweisungen von Lehrstellen aus beschränkten Ressourcen, die dienstlichen Beurteilungen von Schulleitern. Hier eine von lokalen Mehrheitsverhältnissen unabhängige Instanz zu haben, ist für die einzelne Schule und ihre Entscheidungen außerordentlich wichtig. Je näher einzelne Entscheider dem jeweiligen Sachverhalt stehen, desto größer ist die Gefahr von Abhängigkeit. Deshalb ist es richtig und wichtig, wenn die Ebene angesiedelt ist.

Das liegt im Übrigen gerade auch im Interesse von Kindern aus bildungsfernen Schichten. Die Politisierung von Schulen gilt es zu verhindern, und nicht durch strukturelle Änderungen ungewollt zu erleichtern.

Selbstständigkeit von Schulen und „ortsnahe“ Schulaufsicht bilden einen inhaltlichen Widerspruch. „Steuerung auf Distanz“, wie es die Rau-Kommission nannte, wird so jedenfalls nicht erreicht. Ortsnähe ist nicht gleichzusetzen mit Problemnähe. Zumindest die notwendigen Ressourcen für die Abwicklung von Personalmaßnahmen, von dienstrechtlichen Maßnahmen, von Widerspruchsverfahren usw. müssen unwirtschaftlich an vielen Standorten vorgehalten werden. Das gleiche gilt für die schulfachliche Kompetenz, wobei auch dann eine adäquate Ausstattung der einzelnen Kreise bzw. kreisfreien Städte nicht möglich ist.

Ich unterstreiche abschließend: Schulaufsicht ist nicht sakrosankt, und selbstverständlich bleibt der Weg richtig, so viel wie möglich an Entscheidungskompetenz auf die Ebene der einzelnen Schule zu verlagern. Aber die Kehrseite dieser selben Medaille ist die Sicherung der Qualität. Das ist die zentrale Aufgabe der Schulaufsicht, und sie braucht Strukturen, die ihr diese Arbeit auch ermöglichen. Schulaufsicht ist kein Selbstzweck. Es macht sich auch öffentlich scheinbar gut, auf antibürokratische Affekte zu setzen. Aber wenn der Staat aus guten Gründen Verantwortung für die Ergebnisse der Schulen übernimmt, braucht er Instrumente, um diese Verantwortung auch wahrnehmen zu können. Das ist oft unangenehm, und manche schulaufsichtliche Entscheidung wird anders getroffen, als es ein Politiker möchte. Aber genauso oft ist es auch gut, dass solche Entscheidungen nicht dem Wohlgefallen einzelner Politiker oder einzelner gesellschaftlicher Gruppen unterliegen. Soziale Bildungsbenachteiligungen auszugleichen, gehört zu den wichtigsten politischen Aufgaben der nächsten Jahre. Gerade auch für dieses Ziel braucht man eine verobjektivierbare Überprüfung der Qualität von Lernergebnissen für alle, und diese muss staatlich gesichert werden. Alles, was diese Qualität gefährdet, ist angetan, Bildungsbenachteiligungen noch zu verstärken, anstatt sie abzubauen."

In den bisherigen Bezirksregierungen weist die Fachaufsicht eine Betreuungsrelation von 1:500 auf und die Dienstaufsicht von 1:1.500. Bildungsbüros kommen auf 1:300 und schulnahe Personalverwaltungen auf 1:200. Bei letztgenannten Relationswerten ergibt sich folglich für die Schulaufsicht ein dreistelliger Personalmehrbedarf.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die bisherige Arbeit der Oberen Schulaufsicht unter Qualitäts- und Effizienzgesichtspunkten?
2. Welche einzelnen Konsequenzen im Detail erwartet das MSJK im Falle der Beschlussfassung des Schulgesetzes in Form der rot/grünen Beschlussempfehlung für die zukünftige Fachlichkeit der Schulaufsicht?
3. Welche einzelnen zitierten Bedenken der früheren Bildungsministerin Gabriele Behler teilt ihre Nachfolgerin Ute Schäfer und welche aus welchen Gründen nicht?
4. Welcher finanzielle und personelle Mehrbedarf resultiert näherungsweise aus einer Umsetzung der rot/grünen Beschlussempfehlung basierend auf den heutigen Relationswerten von Bezirksregierungen und ortsnaher Schulaufsicht?
5. Welche einzelnen konkreten Umsetzungsschritte der Schulaufsichtsreform im Detail sind für jeweils welchen Zeitraum im Falle der Beschlussfassung dieser Reform durch den Landtag für unser Land geplant und zu erwarten?

Ralf Witzel

26.01.2005

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP
zur Dritten Lesung des neuen Schulgesetzes (Drucksache 13/5394)
Beschlussempfehlung (Drucksache 13/6475)

**Freiheit für beste Bildung und Ausbildung statt Einheitsschule
Neues Schulgesetz NRW löst Zukunftsaufgaben nicht**

I. Ausgangslage

Die bildungspolitische Debatte ist in Nordrhein-Westfalen seit einigen Wochen durch die rot/grünen Pläne zur Einführung einer Einheitsschule geprägt. Eine Vielzahl von öffentlichen Äußerungen führender Vertreter der Landesregierung - darunter auch Ministerpräsident Peer Steinbrück zeigen: Als Ergebnis der PISA-Studie favorisiert Rot/Grün eine Einheitsschule.

An den Schulen im Land, bei Lehrern, Schülern und Eltern ist dadurch ein hohes Maß an Unruhe entstanden. Daran haben auch die Versuche des Ministerpräsidenten, die Debatte auf die Zeit nach der Landtagswahl zu verschieben, nichts zu ändern vermocht.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Die Regierungskoalition legt mit der Verabschiedung des Schulgesetzes in dieser Woche den Grundstein für ein Einheitsschulsystem in NRW. Dort ist nämlich bereits eine schulformübergreifende Einheits-Schulaufsicht vorgesehen.

Dabei sind die Bildungsprobleme unseres Landes in Wahrheit andere: Unter den westdeutschen Flächenländern nimmt NRW beim PISA-Test den vorletzten Platz ein; in kaum einem anderen Land ist der Zusammenhang von Bildungschancen und sozialer Herkunft so groß wie hier. 25 bis 30% aller Jugendlichen in NRW gehören zur PISA-Risikogruppe, der aufgrund von gravierenden Bildungsmängeln im späteren Leben Probleme beim Berufseinstieg und bei ihrer persönlichen Lebensführung drohen. Immer mehr Jugendliche verlassen die Schulen ohne Abschluss. Im abgelaufenen Schuljahr haben 20 % der nordrhein-westfälischen Schüler den letztbesuchten Bildungsgang ohne qualifizierenden Abschluss verlassen.

Die Landesregierung ist für diesen Bildungsabbau verantwortlich: Schüler in NRW werden zu wenig gefördert und gefordert. Heute rächt sich, dass Leistungsorientierung und Erziehungswerte kontinuierlich zurückgedrängt wurden und bei den Ressourcen gespart wurde. Standards wurden gesenkt, den Lehrerkollegien fehlt ein gesunder Altersmix, immer mehr Unterricht fällt, aus, und Unterricht wird zunehmend fachfremd oder durch nicht qualifiziert ausgebildete Seiteneinsteiger erteilt.

Drei Jahre nach dem PISA-Schock hat sich die desolade bildungspolitische Situation unseres Landes leider nicht verbessert. Die Landesregierung hat sich als unfähig erwiesen, notwendige Qualitätsverbesserungen umzusetzen.

Der vorliegende Regierungsentwurf des Schulgesetzes schreibt die bestehende Mangelverwaltung fort, die unser Land jedes Jahr noch weiter zurückwirft und verfehlt das Ziel, den notwendigen Neustart in der Bildungspolitik einzuleiten.

Anstelle eines unfruchtbaren ideologischen Schulstreits müssen Unterrichtsbedingungen und Unterrichtsqualität unverzüglich und nachhaltig verbessert werden. Wir brauchen sofort qualitative Verbesserungen in der Lehrerbildung, bei der Methodik und der Didaktik des Unterrichts und ein besseres Schulklima, das die Lernmotivation fördert. Wir müssen dazu die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um mehr individuelles Lernen und eine zielgerichtetere Förderung jedes einzelnen entsprechend seiner Begabungen zu ermöglichen. Dies sind die eigentlichen bildungspolitischen Herausforderungen in Zeiten von PISA.

II. Handlungsnotwendigkeiten

Der Landtag erkennt die grundlegenden Defizite des neuen Schulgesetzes NRW und strebt vor einer Gesetzesnovelle zu einem späteren Zeitpunkt eine vollständige Überarbeitung an, die folgenden Leitvorstellungen entspricht:

- Gewährleistung einer begabungsgerechten Bildungsreform unter Beibehaltung von Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien
- Gewährleistung einer schulformspezifischen Qualitätssicherung durch Fachaufsicht des Landes
- Sicherstellung verbindlicher Stundentafeln, Lehrpläne, Notengebung und Versetzungsordnungen für alle Schulformen
- Verbesserungen bei der Ressourcenausstattung für Bildung, Erziehung und Betreuung im Landeshaushalt
- Einführung einer freien Wahl des Schulstandortes und eines fairen Wettbewerbs zwischen allen öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen
- Bürokratieabbau und mehr Schulautonomie der Einzelschule bei gleichzeitiger Rechenschaftspflicht und Schulranking
- Abschaffung aller Gesamtschulprivilegien und Umbau der integrierten Gesamtschulen zu additiven Systemen ohne Gesamtschuloberstufen
- Schaffung von mehr echten qualitätsorientierten Ganztagsangeboten für alle Schulformen
- Bereitstellung kleinerer Klassen und individueller Förderressourcen durch bessere Personalausstattung aller Schulen mit Wiedereinführung der Vertretungsreserve und Verabschiedung eines Unterrichtssicherungsgesetzes
- Reduktion der Abwahlmöglichkeiten sowie mehr Verbindlichkeit und Vergleichbarkeit von Abschlüssen durch Standards, eine neue Leistungskultur und landeseinheitliche Abschlussprüfungen (Mittelstufenprüfung, Zentralabitur)
- Stärkung der Wertebildung und disziplinarischen Rechte der Lehrer
- Unterstützung der Arbeit von Lehrern durch Sozialpädagogen
- Verbesserung der Praxisnähe in einer qualifizierten Lehrerbildung bei weniger Seiteneinsteigern
- Ausbau der Lehrerfortbildung
- Einführung vorschulischer Bildung im Kindergarten
- Senkung des Einschulungsalters um ein Jahr
- Einführung von Englischunterricht ab Klasse 1
- Umsetzung von Differenzierung und Modularisierung der Ausbildung im Berufskolleg.

III. Begründung

Notwendige Handlungskonsequenzen aus PISA unterbleiben im neuen Schulgesetzentwurf bei der Landesregierung ebenso wie dringend erforderliche Qualitätsverbesserungen, um in Nordrhein-Westfalen wieder Anschluss zumindest an den bundesdeutschen und internationalen Durchschnitt zu erlangen. Dabei sieht die aktuelle Bestandsaufnahme der Bildungsbilanz für NRW düster aus.

Die vielfältigen Bildungseinrichtungen in NRW wurden bereits zu Zeiten der absoluten SPD-Mehrheit, und insbesondere in den letzten zehn Jahren unter Rot/grün, nicht gefördert, sondern vernachlässigt. Die Landesregierung erkennt diese alarmierenden Signale nicht. Dabei stehen immer mehr Jugendliche arbeitslos auf der Straße, da infolge mangelnder schulischer Qualifizierung entgegen allen Versprechungen die Lehrstellensituation noch nie so dramatisch war seit Amtsantritt von Rot/grün und seit Beginn des Ausbildungskonsens NRW.

Ohne einen grundlegenden Kurswechsel wird Nordrhein-Westfalen das Schlusslicht im Bundesländervergleich nicht endlich abgeben. Ein Neustart ist unverzichtbar, um die Bildungschancen der jungen Generation grundlegend zu verbessern.

In der vorliegenden Fassung ist das neue Schulgesetz aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion NRW nicht verabschiedungsreif.

Dr. Ingo Wolf
Marianne Thomann-Stahl
Ingrid Pieper- von Heiden
Joachim Schultz-Tornau
Dr. Daniel Sodenkamp
Prof. Dr. Friedrich Wilke
Ralf Witzel
Karl Peter Brendel
Dr. Robert Orth

und Fraktion

Die Landtagsfraktion
„Bündnis 90/Die Grünen“
hat nicht reagiert.

30. März 2005

Nando Mäscher, Schriftführer VLBB